



## POLITIK / REDAKTION

### Syrien-Konflikt - Raketenangriff zielt auf die Schutzallianz ...

(SB) - Am späten Abend des 29. Aprils ist es zu heftigen Explosionen auf drei Militärstützpunkten in Syrien - einem bei Aleppo und zwei nahe Hama - gekommen, die so gewaltig waren, daß die Erderschütterungen in den benachbarten Staaten Libanon und Türkei mit 2,6 auf der Richterskala gemessen wurden. Hinter der Aktion wird die israelische Luftwaffe vermutet. An allen drei Standorten waren schiitische Milizionäre bzw. Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden stationiert. Die Heftigkeit der Explosionen wurde von ... (Seite 5)

## SPORT / BOXEN

### Mittelgewicht - alle Hände voll zu tun ...

*Daniel Jacobs hat mit Maciej Sulecki mehr Mühe als erwartet*

(SB) 2. Mai 2018 - Es bereitete Daniel Jacobs weit größere Mühe als erwartet, Maciej Sulecki in die Schranken zu weisen. Vor heimischem Publikum im Barclays Center in Brooklyn gewann der Favorit den Ausscheidungskampf der WBA im Mittelgewicht nach Punkten (116:111, 117:110, 115:112), blieb dabei aber den Beweis schuldig, der führende Akteur seiner ... (Seite 12)

## Digitale Vernetzung - auf der Strecke bleibt der Lohnempfänger ...

*Darüber hinaus zeigt sich, dass die Digitalisierung zunehmend als ein Machtfaktor im Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital wirkt. Sie eröffnet in steigendem Maße Potenziale der Entsicherung, Entkollektivierung und Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft. Gehen die technisch-organisatorischen Umwälzungen im vermeintlichen Selbstlauf, faktisch jedoch getrieben und geprägt von unternehmerischen Effizienz- und Kontrollkalkülen vonstatten, verändert die Digitalisierung die Dynamik zugunsten "des Kapitals" und zulasten "der Arbeit". Um dies zu verhindern, bedarf es arbeitspolitischer Interventionen und arbeitsrechtlicher Regulierungen.*

*Michael Schwemmler, Peter Wedde: Alles unter Kontrolle? Arbeitspolitik und Arbeitsrecht in digitalen Zeiten [1]*

(SB) 25. April 2018 - Wie das berühmte Pfeifen im Wald hört sich mitunter an, was ExpertInnen anlässlich der Eröffnung der größten Industriemesse der Welt in Hannover beschwichtigend von sich geben. Es sei Aufgabe von Ingenieuren und Informatikern, den in der Bevölkerung befürchteten Kontrollverlust durch die umfassende Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI) nicht zuzulassen, erklärt Ralph Appel, Direktor des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Sein Verband gehe nicht davon aus, daß Roboter künftig den Menschen die Jobs streitig machen, die digitale Transformation könne sich sogar als "Jobmotor" erweisen [2]. Für den Chef der Hannover Messe, Jochen Köckler, ist klar, daß die Digitalisierung die Arbeitswelt in den kommenden zehn Jahren

deutlich verändern werde, doch gebe es "keine Anzeichen, dass eine Fabrik ohne den Menschen als Entscheider funktionieren kann" [3]. Man habe mehr Bedarf an hochqualifizierte Leuten, um die Systeme zu betreuen, zu warten und Verbesserungen einzusteuern, je mehr Technik es in einer Fabrik gebe, so der bei Bosch für Connected Industry zuständige Ingenieur Stefan Aßmann [4].

Der in den Berichten zur Hannover Messe immer wieder betonte Fachkräftemangel im IKT-Bereich kann allerdings nicht über das gigantische Rationalisierungspotential informationstechnischer Systeme in Produktion und Verwaltung hinwegtäuschen. Dabei geht es nicht nur um die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze, die in verschiedenen Prognosen

sen als stagnierend bis drastisch schrumpfend eingeschätzt werden, sondern auch um das jeweilige Lohnniveau wie auch die Gefahr der beschleunigten Dequalifizierung überflüssig gemachter Kernbelegschaften. Unter dem Titel "Digitalisierung: Hype oder Drohkulisse? - Die 'vierte industrielle Revolution' bei Licht betrachtet" wollten die TeilnehmerInnen einer Konferenz der Marx-Engels-Stiftung (MES), die am 10. März in Essen stattfand, diesen und anderen Fragen aus der parteiischen Sicht der Lohnabhängigenklasse auf den Grund gehen.

Eine wissenschaftlich begründete und politikfähige Einschätzung der Digitalisierung zu entwickeln, die in Parteien, Gewerkschaften und Belegschaften als Grundlage für ein bewußtes Eingreifen in die Auseinandersetzung dienen könne, so umriß Wolfgang Garbers von der Stiftung das Anliegen der Konferenz. Vor dem Hintergrund der Ankündigungen der Bundesregierung, mit der digitalen Transformation und Industrie 4.0 zusätzliches Wertschöpfungspotential zu schaffen, Wettbewerbsvorteile als Ausrüster der Welt zu erlangen und die strukturelle Stagnation der Weltwirtschaft zu überwinden, erinnerte er an mindestens seit 20 Jahren erodierende Tarifstandards, an die beschleunigte Prekarisierung und an die Denkschrift der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) von 1994, in der damals schon ein Rollback von Arbeiterrechten und sozialen Errungenschaften bis in die Zeit vor 1919 gefordert wurde.

Werde die mit der Digitalisierung eintretende qualitative Veränderung der Produktivkraftentwick-

lung nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gesteuert, dann stehe eine weitere Vertiefung der sozialen Polarisierung an. Einer solchen Entwicklung sei man jedoch nicht ohnmächtig ausgeliefert. Eine technologische Entwicklungslinie, die stark auf die Einbeziehung von Erfahrungswissen und Eigeninitiative von Beschäftigten setzen müsse, könne auf den Menschen im Produktionsprozeß nicht verzichten und bleibe auf dieser Flanke immer angreifbar, so der als Moderator der Konferenz fungierende Garbers.

Auf die materielle Basis der Produkte der Informationsindustrie kam er unter Verweis auf den Medien- und Kommunikationswissenschaftler Christian Fuchs zu sprechen. Zu ihrer Herstellung bedürfe es nicht nur einer Menge körperlicher Arbeit, sondern auch metallischer Rohstoffe, die hauptsächlich in Afrika und China abgebaut und vor allem in asiatischen Ländern verhüttet, veredelt und weiterverarbeitet werden. Sklaverei bei Förderung, Sortierung, Transport und Verkauf seien weit verbreitet, was belege, "daß die Produktivkräfte des Informationskapitalismus, der die digitalen Medien schafft, eng verzahnt sind mit Produktivkräften, die Sklaverei fördern, um Arbeitskosten zu senken und Profite zu maximieren."

Das gelte auch für die Arbeitsbedingungen des in der Volksrepublik China produzierenden Konzerns Foxconn, der frühkapitalistische Methoden zur absoluten Mehrwertsteigerung nutze, was schwerwiegende physische wie psychische Folgen für seine An-

gestellten habe. Christian Fuchs definiere digitale Arbeit als eine Kategorie, die die ganze digitale Produktionskette umfaßt. Dieses Netzwerk agrarischer, industrieller und informationaler Arbeit mache die Existenz und Benutzung digitaler Medien erst möglich. Dabei setzten sich die meisten dieser digitalen Produktionsbeziehungen aus Lohnarbeit, Sklavenarbeit, unbezahlter, prekärer und selbständiger Arbeit zusammen, um durch die internationale Arbeitsteilung als großes und komplexes Netzwerk von aneinandergeschalteten globalen Prozessen der Ausbeutung in Erscheinung zu treten. Der Blick auf die Produktionsketten zeige, daß der postmodern daherkommende digitale Kapitalismus zu erheblichen Teilen auf ganz altmodischen, längst überwunden geglaubten, häßlichen und brutalen frühkapitalistischen Formen der Ausbeutung, die an die primäre Akkumulation erinnern, basiere.

### **Digitale Transformation zu mehr Verfügbarkeit und Beherrschbarkeit**

Die Kontinuität des klassengesellschaftlichen Charakters der Arbeit läßt ahnen, daß alle Beschwichtigungen, mit denen das Projekt Arbeit 4.0 und die Etablierung der "allwissenden Fabrik" (Köckler) den Lohnabhängigen schmackhaft gemacht wird, ihren tieferen Sinn in deren Befriedung haben. Das widerständige Element im Antagonismus von Kapital und Arbeit auszuschalten dürfte wenn nicht nur willkommener Nebeneffekt, dann vielleicht sogar wesentlicher Zweck einer Produktiv-



Thomas Engel lotet  
 Beschäftigungsperspektiven aus  
 Foto: © 2018 by Schattenblick

kraftentwicklung sein, die Menschen gerade dort verzichtbar macht, wo sie noch den Schraubenschlüssel ins Räderwerk der großen Maschine werfen und sie damit zum Halt bringen könnten. Ob das Ausmaß, in dem KI-gesteuerte und damit angeblich selbstlernende Systeme autonom agieren, übertrieben wird oder der die sogenannte Maschinenintelligenz umgebende Nimbus der Realität entspricht, scheint bei der Frage nach der Verzichtbarkeit und Austauschbarkeit menschlicher Arbeit erst einmal nachrangig zu sein. Allein die hochgradige Vereinheitlichung IT-gestützter Arbeitsprozesse, mit der zuvor eigenständige bis disparate Produktionsprozesse integriert, formalisiert und automatisiert werden, steigert den

Anpassungsdruck des Menschen an die Maschine massiv. Das hohe und sich weiter beschleunigende Tempo informationstechnischer Innovationen sorgt zudem dafür, daß die Bearbeitung daraus resultierender Widersprüche und die Entfaltung sozialen Widerstandes mit einer immer unangreifbarer erscheinenden Sachzwanglogik konfrontiert ist.

So wird auf der Hannover Messe für mehr Freihandel getrommelt, als habe das Gefälle unterschiedlicher Produktivitätsniveaus und die Allgegenwart weltmarktorientierter Preisbildung nicht längst gezeigt, daß es sich dabei um eine Strategie forcierter Ausbeutung weniger produktiver Volkswirtschaften handelt. Selbst wenn die verstärkte Anwendung der KI in Fabrik und Alltag soziale Risiken mit sich bringt, könne aufgrund der glo-

balen Konkurrenz nicht auf sie verzichtet werden, lautet ein gegen etwaige Bedenkenträger gerichtetes Standardargument. Der Standortnationalismus hat Hochkonjunktur, sei die smarte Fabrik doch weitgehend der Notwendigkeit enthoben, an bestimmten Orten in speziellen Ländern errichtet zu werden. Das ist angesichts der infrastrukturellen und logistischen Bedingungen, auf die auch ein weitgehend automatisierter Betrieb angewiesen ist, zweifellos übertrieben. Dieses auf der Hannover Messe herausgestellte Kriterium digitalisierter Herstellungsprozesse zeigt, daß ihr universaler Charakter kaum dazu beiträgt, die Krieg und Krisen erzeugende Staatenkonkurrenz zu überwinden.

Weitab davon, daß sich der Mensch wichtigeren Dingen zuwenden könne als der von Ma-

schinen eigenständig zu verrichtenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit, schafft die für Industrie 4.0 relevante Plattform-Ökonomie auch keine Welt sozialer Gerechtigkeit und ökologisch verträglicher Produktion. Im Bereich sozialer Netzwerke und der Share Economy anfallende Netzexternalitäten, die aus den akkumulierten Daten erwachsen, könnten auch in der güterproduzierenden Industrie bislang unerreichten Konzentrationsprozessen und dementsprechenden Profitraten Vorschub leisten. Werden Konsumartikel aller Art in smarten Fabriken produziert und im Internet der Dinge vertrieben, verbraucht und entsorgt, dann liegt auf der Hand, daß der sogenannte Verbraucher als permanenter Produzent von Daten im Sinne seiner fremdbestimmten Verfügbarkeit vom Plattform-Kapitalismus regelrecht aufgesogen wird.

Die daraus erwachsende Möglichkeit, seine Bedürfnisse, Interessen und Aktivitäten in hochgradiger Auflösung einer gesellschaftlichen Zweck- und Nutzen-Ratio zu unterwerfen, kann einer individualisierten Sozialkontrolle von nie dagewesener Zugriffstiefe Vorschub leisten. Angesichts dessen, daß der Ordnungsfaktor Erwerbsarbeit für immer mehr Menschen bedeutungslos wird und keine anderen Einkommensquellen an ihre Stelle treten, muß das individuelle Humankapital an dem verbliebenen Nutzen des einzelnen für Staat und Gesellschaft bemessen werden. Die Datenökonomie der sozialen Netzwerke mag kostenlos erscheinen, aber nur deshalb, weil der dafür zu entrichtende Preis an politi-

ischem Kontrollverlust kaum zu beziffern ist.

Auch das rechnet sich für eine Industrie 4.0, deren angeblich revolutionärer Charakter weder durch die angewendeten Verfahren noch ihre gesellschaftliche Einbettung gegeben ist. Die bislang eingetretenen Veränderungen der Produktionsweise bewirken zwar eine Vertiefung individueller Kontrolle, doch erzeugen die eingesetzten Mittel vor allem quantitative, an ihrer dynamischen Skalierung abzulesende Effekte. Die qualitative Erweiterung menschlicher Erkenntnishorizonte wie die Schaffung einer sozialen Wirklichkeit, die nicht Marktkriterien unterworfen ist, bleibt demgemäß auf der Strecke absolut gesetzter Normen und Werte.

Das um so mehr, als die Steuerung des Gesamtsystems, so sieht es zumindest das Ideal der großen IKT-Akteure vor, nach Parametern erfolgt, auf die der einzelne weniger Einfluß nehmen kann denn je. Wenn alle individuellen Belange in ihrer Aufbereitung als Big Data vermeintlich exakter und prognosesicherer erkennen lassen, welche Erfordernisse und Entwicklungen für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft relevant sind, dann bedarf es des Glaubens an demokratische Freiheit und Rechtstaatlichkeit im Kapitalismus nicht mehr. Sich einen kritischen Blick auf die nach wie vor offene Zukunft zu gönnen, um kritischen Interventionen und widerständigen Initiativen den Weg zu ebnen, ist angesichts der Komplexität und des Tempos, mit dem die gleichen sozialen Konflikte wie vor hundert

Jahren in allerdings ganz anderer Gestalt manifest werden, sicherlich eine gute Idee.

*(wird fortgesetzt)*

**Anmerkungen:**

[1] Rainer Fischbach: Mensch-Natur-Stoffwechsel. Versuche zur Politischen Technologie, Köln 2016, S. 92

[2] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Kuenstliche-Intelligenz-Job-Killer-oder-Job-Motor-4029725.html>

[3] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Fabrik-der-Zukunft-immer-unabhaengerig-vom-Standort-4012810.html>

[4] <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Hannover-Messe-Digitaler-Wandel-kann-auch-neue-Jobs-schaffen-3691055.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe319.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## Syrien-Konflikt -

### Raketenangriff zielt auf die Schutzallianz ...

(SB) 2. Mai 2018 - Am späten Abend des 29. Aprils ist es zu heftigen Explosionen auf drei Militärstützpunkten in Syrien - einem bei Aleppo und zweien nahe Hama - gekommen, die so gewaltig waren, daß die Erderschütterungen in den benachbarten Staaten Libanon und Türkei mit 2,6 auf der Richterskala gemessen wurden. Hinter der Aktion wird die israelische Luftwaffe vermutet. An allen drei Standorten waren schiitische Milizionäre bzw. Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden stationiert. Die Heftigkeit der Explosionen wurde von der Pro-Hisb-Allah-Zeitung Al-Akhbar dahingehend erklärt, daß die Israelis bunkerknackende Raketen eingesetzt hatten, die umfangreiche Waffendepots zur Zündung brachten.

Laut der liberalen israelischen Tageszeitung Ha'aretz wurden durch die Aktion eine nicht geringe Zahl iranischer Boden-Boden-Raketen zerstört. Bereits in der Nacht grasierten im Internet per Mobiltelefon aufgenommene, angsteinflößende Videomitschnitte, wie riesige Feuerbälle den Himmel über den Provinzen Aleppo und Hama beleuchteten. Über Verluste gab es zunächst keine verlässlichen Angaben. Syrische Medien meldeten bis zu 40 Tote, die Hälfte davon iranische Militärs bzw. Milizionäre, während gegenüber der halbstaatlichen iranischen Nachrichtenagentur Tasmin eine nicht namentlich genannte Quelle bei der Führung in Teheran "Berichte vom Märtyrertod mehrerer irani-

scher Militärberater in Syrien" als "ohne Grundlage" abtat. Fest steht, daß diese Operation die Gefahr eines richtigen Krieges - im Vergleich zu begrenzten Schlägen und Gegenschlägen - zwischen dem Iran und Israel erheblich erhöht hat.

Die Eskalationsspirale war am 10. Februar in Bewegung geraten, als die israelischen Streitkräfte eine iranische Drohne über dem von ihnen besetzten Teil der syrischen Golanhöhen abschoßen (später behaupteten sie, das unbemannte Flugzeug sei mit Sprengstoff bestückt und keine einfache Spähdrohne gewesen). Bei einer anschließenden Vergeltungsaktion der israelischen Luftwaffe gegen den Stützpunkt, von wo die Drohne angeblich gekommen war bzw. gesteuert wurde, war ein israelischer Kampfjet vom Typ F-16 auf dem Heimweg kurz vor der eigenen Staatsgrenze abgeschossen worden. Zwar konnte sich der Pilot mit dem Schleudersitz retten und von den eigenen Kameraden lebend geborgen werden, dennoch war es für die Israelis der erste Abschuß einer Kampfmaschine seit dem Libanonkrieg im Jahre 1982 gewesen.

Wegen des entstandenen Schadens an dem von Israel beanspruchten Ruf, im Nahen Osten militärisch unbezwingbar zu sein, dauerte es nicht lange, bis Premierminister Benjamin Netanjahu wieder auftrumpfte. Am 9. April griffen israelische Kampfjets den Stütz-

punkt Tiyas, auch T-4 genannt, nahe Palmyra, von wo aus das iranische Militär Drohnenflüge über Syrien koordiniert, an. Bei dem Angriff kamen 14 Personen ums Leben, sieben von ihnen Mitglieder der iranischen Revolutionsgarde, darunter Oberst Mehdi Dehghan, der angebliche Chef des Drohnenprogramms in Syrien.

Überschattet wurde dieser, in seiner Tragweite möglicherweise viel größere Vorfall vom gemeinsamen Raketenangriff der Amerikaner, Briten und Franzosen auf Stellungen der syrischen Streitkräfte am 14. April, die sich angeblich eines Giftgasangriffs auf Rebellen eine Woche zuvor in Douma schuldig gemacht hätten. In der New-York-Times-Ausgabe von 16. April zitierte deren Kolumnist und Scharfmacher Thomas Friedman eine nicht namentlich genannte Quelle beim israelischen Militär mit dem Bekenntnis zum Angriff auf T-4. Diese Person bezeichnete das angebliche Eindringen der iranischen Drohne in den israelischen Luftraum im Februar als "Beginn einer neuen Periode".

Seitdem reißen die gegenseitigen Verbalangriffen nicht ab. Gleich zwei Berater des iranischen Revolutionsführers Ajatollah Ali Khamenei haben in den letzten Tagen Israel mit der völligen Ausradierung gedroht, sollte Tel Aviv weiterhin seine Provokationen fortsetzen. Am 26. April wurde der israelische Verteidigungsminister

Avigdor Lieberman in der arabisch-sprachigen Zeitschrift Aleph mit den Worten zitiert, die Mullahs in Teheran wüßten, daß das iranische Regime "seinen letzten Tagen" entgegensehe und "bald kollabieren" werde.

Es sieht alles danach aus, als wollten die Verantwortlichen in Tel Aviv die "letzten Tage" der Islamischen Republik Iran aktiv herbeiführen. Premierminister Netanjahu steht vor seinem größten politischen Erfolg, nämlich dem Rückzug der USA aus dem von ihm verhaßten Atomabkommen mit den Iran. Unfähig, Barack Obama von der Schließung des Joint Comprehensive Plan Of Action im Juli 2015 abzubringen, hat Netanjahu den neuen US-Präsident Donald Trump überzeugen können, daß es sich hier um den "schlechtesten Deal aller Zeiten" handelt. Wahrscheinlich wird Obamas Nachfolger, der bis Januar 2017 in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht die geringste Erfahrung vorzuweisen hatte, wie angekündigt am 12. Mai den Ausstieg Washingtons aus dem JCPOA erklären und die früheren drakonischen Finanz- und Wirtschaftssanktionen der USA gegen Teheran erneut verhängen.

Ein solcher Schritt würde die Tauben im Iran um Präsident Hassan Rohani, der auf eine Verständigung mit dem Westen und dadurch einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen gesetzt hatte, schwächen und die Falken um Qassem Soleimani, dem legendären Kommandeur der Al-Quds-Eliteeinheit der Revolutionsgarden, der ein enger Vertrauter Khameneis ist und den Kampf Teherans, Bagdads und Damaskus' gegen die sunnitischen Dschihadisten in Syrien und

im Irak koordiniert, stärken. Auch wenn Teherans Vergeltungsdrohungen bislang leer geblieben sind, irgendwann wird der Punkt kommen, sollte Israel weiterhin iranisches Militärpersonal in Syrien töten, an dem sich die Führung der Islamischen Republik gezwungen sehen wird, Tel Aviv seine Übergriffe mit gleicher Münze heimzuzahlen, selbst wenn die Aktion einen größeren Krieg auslöst.

Die Luftangriffe auf iranische Stellungen bei Aleppo und Hama sind als Teil einer ausgeklügelten Strategie zu betrachten, mit der Netanjahu und seine politischen Verbündeten in Washington, allen voran Trumps neuer Nationaler Sicherheitsberater John Bolton, die USA an der Seite Israels in einen militärischen Konflikt mit dem Iran hineinzumanövrieren denken. Nur wenige Stunden vor dem Angriff empfing Netanjahu den neuen US-Außenminister Mike Pompeo zu Gesprächen in Jerusalem. Auf der gemeinsamen Pressekonzferenz beklagten die beiden Politiker die von Teheran angeblich ausgehende Gefährdung Israels sowie des Friedens auf der Welt. Ein Tag vor dem Eintreffen in Israel hatte Pompeo beim Besuch in Riad den Iran als "Hauptförderer des internationalen Terrorismus" gegeißelt - und sich damit bei seinen saudischen Gastgebern, welche die "Mullahkratie" in Teheran für den Erzfeind halten, eingeschmeichelt. Noch als Kongreßabgeordneter hatte Pompeo 2014 anstelle von Verhandlungen hin zu einem internationalen Abkommen umfangreiche Raketenangriffe auf die iranischen Nuklearanlagen als bestmöglichen Weg, die Gefahr einer persischen Atombombe zu beseitigen, propagiert.

Gleich am Tag nach dem Besuch Pompeos und der Militäroperation bei Aleppo und Hama wartete Netanjahu mit dem nächsten Paukenschlag auf - eine große Bühnenshow, auf der der Likud-Chef zur besten Sendezeit im israelischen Fernsehen der Weltöffentlichkeit den Inhalt eines großen, dafür aber recht alten iranischen Archivs, das der Mossad 2016 aus Teheran gestohlen haben soll und das frühere Bemühungen der Iraner zur Jahrtausendwende in Sachen Atombombenbau belegt, präsentiert. Zwar haben europäische Spitzenpolitiker sowie die Verantwortlichen bei der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) in Wien Netanjahus vermeintlich große Enthüllung der iranischen Perfidie als längst bekannte Tatsache abgetan, doch der eigentliche Hauptadressat der durchsichtigen PR-Nummer - Donald Trump - hat auf die gewünschte Weise reagiert. Nur Minuten, nachdem Netanjahu seinen Vortrag abgeschlossen hatte, twitterte der New Yorker Baulöwe in die Welt hinaus, das Archiv über das frühere iranische Atomprogramm belege, daß er, Trump, mit seiner Kritik am JCPOA "100% richtig" gelegen habe.

Beunruhigend in diesem Zusammenhang ist die schwächelnde Position von US-Verteidigungsminister James Mattis. Der Irakkriegsveteran, der bei der Aufstandsbekämpfung im Zweistromland wegen seiner aggressiven militärischen Taktiken den Spitznamen "Mad Dog" erworben hatte, hat in den letzten Tagen sowohl das Atomabkommen mit Teheran als effektiv gelobt, als auch vor der Gefahr eines israelisch-iranischen Kriegs dringend gewarnt - und

sich damit in Opposition zur neuen Machtachse Pompeo-Bolton in Trumps Sicherheitskabinett gebracht. Am 27. April berichtete Curt Mills in der konservativen US-Polizeitschrift National Interest vom laufenden "Messerkampf" hinter den Kulissen in Washington, den Mattis scheinbar gegen Bolton verliert. Mills prognostiziert, daß der ehemalige Vier-Sterne-General spätestens Ende des Jahres, möglicherweise aber viel früher das Pentagon verlassen wird.

Eine solche Entwicklung wäre verheerend. Schließlich gehört Bolton zu den Autoren des zionistischen Plans "A Clean Break", in dem bereits 1996 Netanjahu eine Neuordnung des Nahen Ostens zugunsten Israels mittels gewalttätiger "Regimewechsel" im Irak und Iran, Syrien und Libyen empfohlen wurde. Zwischen 2001 und 2009 hat sich in der Regierung von George W. Bush, ausgenommen Vizepräsident Dick Cheney, niemand mehr als Bolton - zuerst als Staatssekretär im Außenministerium zuständig für Terrorismuskämpfung und Rüstungskontrolle und später als UN-Botschafter - dafür eingesetzt, die Verhandlungen zwischen den EU-3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und dem Iran in der Atomfrage zu torpedieren und so die militärische Option offenzuhalten. Leider sieht es aus, als würde demnächst "Bonkers" Bolton sein stetiges Ziel, nämlich einen Krieg der USA und Israels gegen den Iran anzuzetteln, verwirklichen können.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1593.html>

## Tierwohl - Sterben und Qual kollateral ...

*(SB) 2. Mai 2018* - Fast 580.000 Rinder starben 2016 krankheits- oder verletzungsbedingt in deutschen Ställen. Da weder sogenanntes Schlacht- noch Milchvieh seine natürliche Lebenserwartung auch nur annähernd erreicht, hat bei 3,6 Millionen in diesem Jahr geschlachteten Rindern jedes siebte Tier nicht einmal die wenigen Monate oder Jahre überdauert, nach denen sich die Haltung veterinärmedizinisch als unbedenklich eingestuft Tiere nicht mehr rechnet und sie zwecks Verbrauch getötet werden. Wer nicht einmal die kurze Strecke der Rindermast, die je nach Geschlecht maximal anderthalb Jahre beträgt, die spätestens nach sieben Monaten endende Kälbermast oder die Vernutzung als Milchkuh, die meist nach fünf Schwangerschaften beendet ist, durchhält, endet in einer staatlich subventionierten Anlage zur Tierkörperbeseitigung. Dort wird das "gefallene" Tier je nach Todesursache in drei Risikokategorien eingeteilt und, wenn nicht aus seuchenmedizinischen Gründen vollständig entsorgt, der finalen Nutzung in der Energieerzeugung, als Düngemittel, Fischfutter, Rohstoff für die Chemieindustrie und vieles mehr zugeführt.

Manche Rinder erblicken das Licht der Welt allerdings erst im Schlachthof. Rund 180.000 Kälber sterben jedes Jahr bei ihrer Entnahme aus dem Mutterleib, weil bei zum Endverbrauch vorgesehenen Milchkuhen nicht genügend darauf geachtet wird, ob die notorisch geschwängerte Milchproduzentin nicht schon wieder

ein Kalb austrägt. Der Totekampf des unentdeckten Kalbes soll bis zu 20 Minuten währen, weil die Schlachtung der Mutter nicht den sofortigen Tod ihres Kindes bedeutet. Da Kühe nur wenige Wochen nach der Geburt eines Kalbes wieder künstlich befruchtet werden, um während der neunmonatigen Schwangerschaft und der züchtungstechnisch von früher sechs auf bis zu elf Monate ausgedehnten Laktationszeit weiterhin Milch zu geben, sind sie fast permanent schwanger.

Heute ist allgemein bekannt, daß in der Bundesrepublik jährlich bis zu 60 Millionen Schweine geschlachtet werden. 26.000 Schweine am Tag kommen etwa im Schlachthof des Unternehmens Tönnies in Rheda-Wiedenbrück ums Leben, geplant ist die Ausweitung auf 30.400 Tiere. Großschlachtereien dieser Art werden von Masthöfen beliefert, die ihrerseits unter Hochdruck aus dem Schwein herausholen, was an schnellem Fleischwachstum möglich ist. Zu den 60 Millionen Tieren, die auf dem Teller ihrer Endverwertung zugeführt werden, sind jedoch mehr als 13 Millionen Schweine hinzuzuzählen, die die Mast nicht überleben, weil sie an unversorgten Wunden, Streß oder infektiösen Krankheiten sterben. Auch sie werden in früher Abdeckerei genannten Tierkörperbeseitigungsanstalten verwertet, deren staatliche Subventionierung eine finanzielle Begünstigung der Fleischproduzenten darstellt, die bereits in mehreren Landesparlamenten in Frage gestellt wurde.

Rund sechs Millionen Ferkel im Jahr werden tot geboren, davon erstickten bis zu zwei Drittel durch zuchtbedingtes Reißen der Nabelschnur im Mutterleib. Zudem werden rund vier Millionen Ferkel noch am ersten Lebenstag getötet. Vor der Präsentation auf der Fleischtheke, wohin ein Mastschwein nach gerade mal sechs Monaten seines Daseins in der industriellen Massentierhaltung gelangt - wobei sein Leben in Biohaltung nur wenig erträglicher ist -, werden mithin weit mehr Tiere verbraucht, als - abzüglich der nicht geringen Menge im Mülleimer entsorgter Fleischprodukte - überhaupt verzehrt werden. Erkranktes Schlachtvieh nach allen Regeln tierärztlicher Kunst schmerzfrei und gesund zu machen mag ethisch geboten sein, ist aber ein ökonomischer Widersinn in sich. Wenn sich die medizinischen Anwendungen in Grenzen halten, was sie aus betriebswirtschaftlichen Gründen in der Regel müssen, bleibt die Notschlachtung.

Ob Schwein, Rind, Geflügel oder Fisch - wer als Nutztier auf die Welt kommt, verläßt sie nicht nur bald wieder, sondern existiert als mit Emotion und Kognition ausgestattetes Individuum für den Menschen nicht. Der Produktion von "Fleisch" und "Milch", in der Abtrennung vom tierlichen Leben und der Kategorisierung als Nahrungsmittel nicht minder euphemistisch verklärt als andere dem noch auf viele Jahre hinaus lebensfähigen Leib entrisse- ne Produkte, ein wenig "Tierwohl" abzurufen scheint dem Unbehagen in der Regel Genüge zu tun.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1593.html>

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Argentinien

### Staatsanwalt fordert Haft für Unternehmer wegen Menschenrechtsverbrechen während der Diktatur

(Montevideo, 24. April 2018, *la diaria*) - Der Staatsanwalt der argentinischen Provinz Tucumán, Pablo Camuña, hat die Festnahme von sechs Personen beantragt, die die Zuckerplantage La Fronterita während der argentinischen Militärdiktatur in den 1970er Jahren führten. Camuña legte sein Schreiben dem Bundesrichter Daniel Bejas vor. In diesem beschuldigte er sechs Unternehmer und Geschäftsführer von La Fronterita der Mittäterschaft bei 68 Entführungen von Arbeiter\*innen bzw. deren Verwandten und Nachbar\*innen, sowie bei der Folter und dem Verschwindenlassen von elf weiteren Menschen.

Die Verantwortlichen von La Fronterita hatten den Streitkräften damals erlaubt, einen Militärstützpunkt auf der Plantage einzurichten. Dieser diente als illegales Gefangenlager. Ein Prozess wegen Menschenrechtsverbrechen, der im letzten Jahr beendet wurde, brachte außerdem zum Vorschein, dass die Unternehmer mit dem Militär kollaborierten: So gaben sie den Militärs Listen mit Namen von Personen, damit diese verhaftet wurden. Außerdem überließen sie dem Militär Lieferwagen des Unternehmens für Entführungen und Verschleppungen.

### Gemeinsame Interessen der Unternehmer und des Militärs

"Die Interessen der Unternehmer und die des Militärs stimmten miteinander überein", schreibt Camuña in seinem Antrag. Er fügt hinzu, dass "die Militärs die Zuckerarbeiter\*innen Tucumáns schwächen wollten, was den Unternehmern aus ökonomischen Gründen entgegen kam", da es ihnen erlaubte, auch die Gewerkschaft der Zuckerplantage La Fronterita zu demobilisieren.

Gegenüber der argentinischen Tageszeitung *Página 12* [1] teilte Camuña außerdem mit, dass die Unternehmer Mittäter bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren. Zu dieser Schlussfolgerung gelangte Camuña, nachdem er hunderte von Zeug\*innenaussagen gehört, sowie Dokumente von La Fronterita und öffentliche Protokolle im Rahmen des 2017 beendeten Prozesses geprüft hatte. Eine Antwort des Bundesrichters auf den Haftantrag der Staatsanwaltschaft steht noch aus.

### Anmerkung:

[1] <https://www.pagina12.com.ar/110065-los-empresarios-complices-del-terror>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/staatsanwalt-fordert-haft-fuer-unternehmer-wegen-menschenrechtsverbrechen-waehrend-der-diktatur/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

#### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

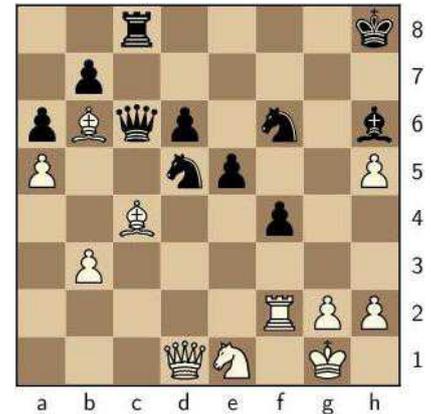
Internet: <http://www.npla.de>

## SCHACH - SPHINX

### Kortschnoj kontra Königsindisch

(SB) - Kortschnoj kontra Königsindisch - ach, es gibt kaum eine andere Eröffnung, die dem Wahlschweizer soviel Kopfzerbrechen bereitete wie diese. Mit der Königsindischen Verteidigung verbinden sich für Kortschnoj viele ärgerliche Erinnerungen an Partien gegen den Profi- Weltmeister Garry Kasparow. Wie häufig hatte er diese Verteidigung schon verflucht. Um sich zu wappnen, hatte er gar Rat gesucht bei isländischen Schachfreunden, hatte nach Verschärfungen des weißen Spiels gefahndet, war erfolgreich gewesen, doch wehe, wenn er dann wieder gegen den königsindischen Moloch verlor. Die weni-

gen Haare hätte er sich dann am liebsten gerauft. Und wagte es einer seiner Turnierkontrahenten dennoch, ihn mit dieser Spielart zu reizen, verengten sich Kortschnoj's Augen zu dünnen Schlitzchen der Rache. 1993 zum Beispiel in Buenos Aires war es Alexej Schirow, der den Zorn des "Schrecklichen" Kortschnoj auf sich zog. Königsindisch also, dachte sich Viktor, nun gut, dieser Fehdehandschuh wird dir noch leid tun. Im 14. Zug wich Kortschnoj vom theoretischen Pfad ab - die nächtelangen Entbehrungen zahlten sich nun aus -, baute seine Stellung nach und nach vorteilhaft aus und schickte Schirow schließlich auf den Elefantfriedhof, dorthin, wo Kortschnoj's Ansicht nach alle Königsinder hingehören. Ziel des weißen Angriffs war die schwarze Bauernkette d6-e5-f4. Nun, Wanderer, wie verschaffte sich Kortschnoj eine königliche Genugtuung im heutigen Rätsel der Sphinx?

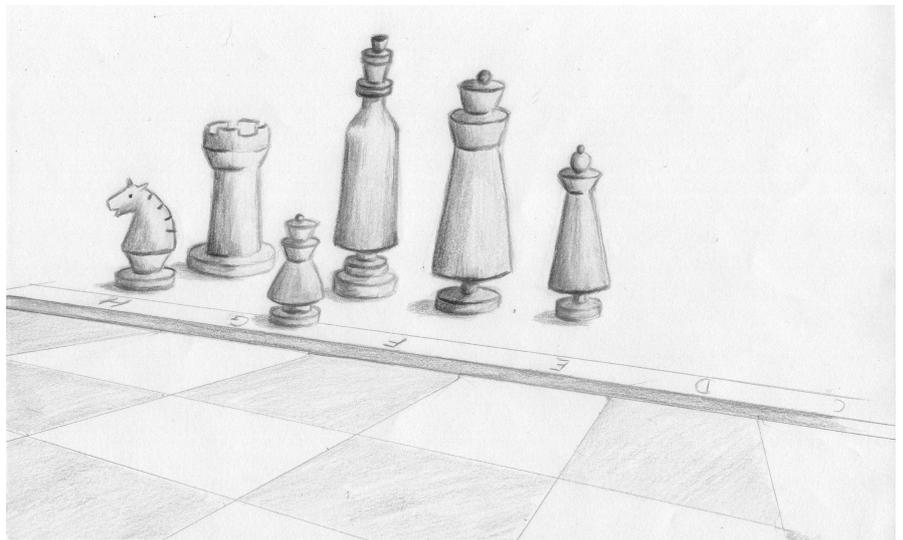


Kortschnoj - Schirow  
Buenos Aires 1993

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

1...h7-h6!?! war ein in dieser Lage angemessener Plan, aber die Weltillusion ließ sich damit nicht bezwingen. Jedenfalls behielt Anands Kontrahent, der englische Großmeister Nigel Short, die Übersicht: 2.g5xh6 Tf8-h8 3.Tf4-e4 Ke7-f6 4.e6-e7 Kf6xf5 5.Te4xe5+! und Anand gab sich sofort geschlagen, da er nach 5...Kf5xe5 6.Le2-h5 auf verlorenen Posten gestanden hätte.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06552.html>



*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin*

## **Russland hat jetzt ein schwimmendes Atomkraftwerk: Moskau spricht von "historischem Ereignis" - Greenpeace von "schwimmenden Tschernobyl"**

*von CO-OP News, 1. Mai 2018*

*Berlin - 01.05.2018.* Derzeit sind weltweit weit über 400 AKWs in 31 Ländern in Betrieb. Nach der Katastrophe von Fukushima schien es eine Zeit zunächst so, dass ein Umdenken stattfände. Das Gegenteil scheint jedoch der Fall zu sein. Jetzt hat Russland ein schwimmendes Atomkraftwerk mit dem Namen "Akademie Lomonossow" eingeweiht. Es nimmt zur Zeit Kurs auf den russischen Marinehafen Murmansk, wo die zwei Reaktoren des Kraftwerks mit nuklearem Brennstoff ausgestattet werden sollen.

Das Nuklear-Kraftwerk soll im Arktischen Meer russische Außenposten mit Strom und Wärme versorgen sowie Meerwasserentsalzung betreiben. 200.000 Menschen sollen mit Strom versorgt werden können.

### **Umweltschützer kritisieren das Projekt als riskant**

Auf der Webseite von Greenpeace liest man: "Abgebrannte, hochradioaktive Brennstäbe sollen dann bis zu zwölf Jahre an Bord lagern, um den Einsatzzeitraum auszudehnen. Ohne eigenen Motor und mit flachem Rumpf ist die schwimmende Konstruktion besonders anfällig

für Stürme und raue See. Zudem ist die Anlage nach Auffassung von Greenpeace nicht ausreichend gegen terroristische Anschläge geschützt. "Ein kaum gesichertes Atomkraftwerk mit angeschlossenem Zwischenlager an der Küste herumschippern zu lassen, ist ein unakzeptables Sicherheitsrisiko."

Weiter heisst es bei Greenpeace: "Klappt der Testlauf des schwimmenden Atomkraftwerks, will Russland in die Serienproduktion gehen. Rosatom hat bereits Ländern wie Algerien, Indonesien, Malaysia und Argentinien derartige AKW angeboten. Dabei sind die schwimmenden Reaktoren nicht nur gefährlich, sondern auch teuer. "Gerade in abgelegenen Gebieten sind erneuerbare Energien eine sichere und günstige Lösung. Auch in Sibirien kann eine Kombination aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft ein schwimmendes Atomproblem ersetzen."

Man muss aber auch immer wieder betonen, dass die Entwicklung von Nuklearkraft auf das engste verbunden ist mit der Nutzung und der Entwicklung von Nuklearwaffen, die auch als Atom U-Boote und atombetriebene Zerstörer und Flugzeugträger die Existenz unseres Plane-

ten bedrohen. Nuklearbetriebene Kriegsschiffe sind aufgrund ihres Verwendungszweckes noch mehr dem Untergang geweiht und somit für die Menschheit erheblich gefährlicher als ein als Kraftwerk gebautes und genutztes ziviles Schiff.

Solange die Menschheit nicht in der Lage ist eine weltweite Entspannungs- und Abrüstungspolitik durchzusetzen, wird auch die Nuklearfrage als solche keine Lösung finden. Eine wachsende Anzahl von Atommächten konkurriert um Märkte, Macht, Abschreckungspotential und strategische Vorteile.

Hier betreibt Russland und auch China eine Politik, die zwar abzulehnen ist, aber auch aus der Gesamtlage einer angespannten Bedrohungssituation heraus bewertet werden muss. Von welchen Staaten geht derzeit die größte Bedrohung aus? Tatsächlich hat doch die zerstörerische Politik der einseitigen militärischen Interventionen und der illegalen Regimewechsel, die von den USA, der NATO und ihren Verbündeten gefördert und praktiziert wird, die Möglichkeit einer militärischen Konfrontation zwischen atomar bewaffneten Staaten eskaliert. So wird Entspannungspolitik zur Unmöglichkeit.

Weltweit gibt es über 140 atomar-betriebene Kriegsschiffe, die meisten davon U-Boote. Die USA verfügen über 72, Russland über 38, Frankreich über sieben, Grossbritannien über zwölf, China über sechs und Indien über zwei nuklear betriebene U-Boote.

1989, zum "Ende" des Kalten Krieges, gab es über 400 atom-betriebene U-Boote - 300 davon wurden im Rahmen internationaler Abrüstungs-Verhandlungen verschrottet oder ausser Dienst gestellt. Warum wurde die 1989 angekündigte und eingeleitete Abrüstungspolitik nicht weitergeführt, nicht umgesetzt? Und wer ist dafür verantwortlich zu machen?

### **Westliche Interventionskriege und Regimechange verhindern Entspannung und bilden die Grundlage rückschrittlicher Nuklearpolitik vieler Länder**

Die Staaten USA, Russland, Frankreich und Japan befinden sich in einem rasanten Exportwettbewerb von Nukleartechnologie und Einfluss. Diese Länder exportieren eine risikoreiche, hochgefährliche Technologie in andere Länder ohne ihrer Verantwortung wirklich gerecht zu werden. Fukushima, Le Hague, Tschernobyl, Hiroshima, Nagasaki, zahlreiche Nukleartests wie beispielsweise im Mururoa Atoll, Missbildungen und Leukämie durch den Einsatz von Uranmunition durch die NATO sollen hier nur Stichworte sein.

Russland hat die nördliche Karasee als Friedhof für Atommüll

aus den Zeiten der Sowjetunion geerbt. Langfristig wird vor einer enormen Kontamination gewarnt.

Russland und Indien haben sich über den Bau einer ganzen Reihe von Kernkraftwerken geeinigt. Indien betreibt derzeit bereits über 20 Atomkraftwerke und liegt damit schon jetzt weltweit auf Platz 6 der Atom-Welt-rangliste. Die AKWs stehen zu meist entweder in erdbebengefährdeten Gebieten oder an den tsunamigefährdeten Küsten.

Inzwischen hat sich Russland bereit erklärt, Japan in Fukushima bei der Schadensbegrenzung zu helfen. Dazu versprach Russland die neusten Techniken zur Dekontamination von Böden und zur Verarbeitung von radioaktiven Abfällen.

Noch bis 1982 versenkten westliche Staaten schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Nordostatlantik, darunter auch Deutschland. Insgesamt wurden offiziellen Statistiken zufolge an 15 Stellen mehr als 100.000 Tonnen Atommüll in mehr als 222.000 Fässern verklappt und zwar Alpha-, Beta- und Gammastrahler. Die verantwortlichen Regierungen gingen angeblich davon aus, dass der radioaktive Abfall in 4.700 Metern Tiefe "beseitigt" sei. Inzwischen wurde in den Versenkungsgebieten u.a. Plutonium 238 in Wasserproben, im Sediment und in Fischen nachgewiesen.

Ausserdem soll vor der Küste Somalias jahrelang neben Giftmüll auch europäischer Atommüll in großen Mengen verklappt worden sein.

Weiterhin gibt es massive Gefährdungslagen in den europäischen End- bzw. Zwischenlagern für Atommüll.

Man muss realistischerweise davon ausgehen, dass wahrscheinlich ausnahmslos alle Staaten ausser den Atom-mächten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea, die zur Zeit an Atomprogrammen arbeiten, dies tun, um potentiell auch in den Besitz von Atomwaffen gelangen zu können. Vor dem Hintergrund einer globalen Bedrohungslage scheinen aufstrebende Staaten zunehmend die Strategie der ultimativen Selbstverteidigung zu wählen und Atomprogramme zu betreiben, um in der Zukunft besser und abschreckend gegen potentielle Aggressionen gerüstet zu sein.

Nur eine Entspannungspolitik und weltweit ausgehandelte Nichtangriffsabkommen können diesen Teufelskreis durchbrechen und vielleicht auch eine Kehrtwende der globalen Energiepolitik möglich machen.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0  
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Johanna Heuveling  
E-Mail:  
[johanna.heuveling@pressenza.com](mailto:johanna.heuveling@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uiat0081.html>

**SPORT / BOXEN / MELDUNG**

**Mittelgewicht - alle Hände voll zu tun ...**

*Daniel Jacobs hat mit Maciej Sulecki mehr Mühe als erwartet*

(SB) 2. Mai 2018 - Es bereitete Daniel Jacobs weit größere Mühe als erwartet, Maciej Sulecki in die Schranken zu weisen. Vor heimischem Publikum im Barclays Center in Brooklyn gewann der Favorit den Ausscheidungskampf der WBA im Mittelgewicht nach Punkten (116:111, 117:110, 115:112), blieb dabei aber den Beweis schuldig, der führende Akteur seiner Gewichtsklasse zu sein. Diesen Anspruch hatte er zumindest samt seinem britischen Promoter Eddie Hearn seit Monaten geltend gemacht, was in einschlägigen Kreisen geharnischten Protest auf den Plan rief. Jacobs, für den nun 34 Siege und zwei Niederlagen zu Buche stehen, konnte sich nach seinem Erfolg gegen den zuvor in 26 Auftritten ungeschlagenen Polen bei den Punktrichtern bedanken, die ihm einen in der Höhe nicht gerechtfertigten Vorsprung gutgeschrieben hatten.

Der 28jährige Sulecki schien sich in seiner taktischen Marschroute an Dmitry Pirog zu orientieren, der vorgemacht hatte, wie Jacobs durch unablässigen Druck und harte Schläge zu besiegen ist. Jedenfalls erweckte der Lokalmatador zehn Runden lang den Eindruck, als fühle er sich überhaupt nicht wohl im Ring und fürchte den Kontrahenten. Jacobs ging erst in den beiden letzten Runden souverän zu Werke und erzielte kurz vor Ende sogar einen Niederschlag. Man hätte dem Polen

ohne weiteres sechs Runden zu sprechen können, zumal er lange der bessere Boxer war. Der New Yorker profitierte letzten Endes von seiner körperlichen Überlegenheit und der Gunst der Punktrichter, die ihm im Zweifelsfall den Zuschlag gaben. [1]

Nach seinem durchwachsenen, aber letztlich erfolgreichen Auftritt räumte Jacobs ein, daß er noch eine Menge mehr zu bieten habe, als ihm an diesem Abend möglich gewesen sei. Er zollte seinem Gegner Respekt, der eben ein zäher Bursche sei und gezeigt habe, daß er in diesen Ring gehört. Da dies nun geschafft sei, gehe es darum, den Weltmeistern die Gürtel abzujagen. [2]

Daniel Jacobs gehört von Größe und Gewicht her im Grunde ins Supermittelgewicht, schafft es aber doch, die Grenze des Mittelgewichts einzuhalten. Er stand in Brooklyn einem Gegner gegenüber, der normalerweise im Halbmittelgewicht antritt. Damit ist eigentlich auch schon alles darüber gesagt, wie die physischen Vor- und Nachteile in diesem Kampf verteilt waren. Wäre Jacobs tatsächlich der beste Mittelgewichtler, müßte er Kaliber wie Sergej Derevjantschenko oder Jermall Charlo besiegen. Jeder der beiden hätte ihn an diesem Abend klar in die Schranken gewiesen. Ohne die Qualitäten des New Yorkers in Abrede zu stellen, rangiert er doch eher hinter Gennadi Go-

lowkin, Charlo und Derevjantschenko, Saul "Canelo" Alvarez und wohl auch Billy Joe Saunders auf dem fünften oder sechsten Platz im aktuellen Mittelgewicht.

Dank des Erfolgs im Ausscheidungskampf ist Daniel Jacobs beim Verband WBA neuer Pflichterausforderer Golowkins, gegen den er bei ihrem ersten Aufeinandertreffen im März 2017 nach Punkten verloren hat. Insofern wäre es kein Verlust, wenn die Revanche noch einige Zeit auf sich warten ließe, zumal auch andere Kandidaten zum Zuge kommen sollten, die dem Kasachen die Titel abnehmen wollen. Wie Jacobs verkündete, wolle er sich nun auch mit Jermall Charlo messen, was man wohl unter der Rubrik Propaganda verbuchen kann. Promoter Eddie Hearn wird einen Teufel tun und seinen Boxer an Charlo verheizen, wo nun ein erneuter Titelkampf mit dem Kasachen in Aussicht steht. Viel eher ist daher damit zu rechnen, daß er Jacobs bis dahin vergleichsweise leichte Gegner besorgt, die dieser komfortabel besiegen kann.

Allerdings steht Daniel Jacobs beim Sender HBO unter Vertrag, der sicher auf relativ anspruchsvolle Auftritte bestehen wird und bloßes Kanonenfutter kaum akzeptieren dürfte. Zumindest sollten es keine weiteren Halbmittelgewichtler sein, sondern gestandene Akteure seiner eigenen Gewichtsklasse. Sulecki hätte im

Hinterhof des Favoriten wohl nur mit einem Niederschlag gewinnen können, wofür ihm schlichtweg die Schlagwirkung fehlte. Auffällig war, daß Jacobs in diesem Kampf einen wesentlich schlechteren Eindruck als gegen Gennadi Golowkin machte, was vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, daß er sich diesmal nicht in erster Linie auf die Defensive beschränken konnte. Gegen den Kasachen ging es vor allem darum, als erster Gegner Golowkins seit 2008 nicht vorzeitig zu verlieren, was Jacobs bekanntlich gelang. Im Kampf mit dem als Außenseiter gehandelten Sulecki ließ sich nicht vermeiden, auch in die Offensive zu gehen, wobei er mehr Treffer einstecken mußte, als ihm lieb sein konnte.

Gennadi Golowkin begnügte sich damit, Jacobs auszuboxen, ohne ihn in die Enge zu treiben und niederzuschlagen. Das rechneten

ihm viele Kritiker als taktischen Fehler oder gar Schwäche an, wobei sie nicht berücksichtigten, daß der Kasache ein relativ leichter Mittelgewichtler, Jacobs hingegen erheblich größer und schwerer ist. Offenbar hatten Golowkin und sein Trainer Abel Sanchez beschlossen, kein unnötiges Risiko einzugehen. So lief der New Yorker Runde für Runde weg und landete gelegentlich schnelle Schläge, die dem Kasachen nichts anhaben konnten. Daß Daniel Jacobs seither behauptet, er sei der bessere Boxer gewesen und um den verdienten Sieg betrogen worden, ist absurd.

Wie sich im Kampf mit Maciej Sulecki zeigte, verfügt Daniel Jacobs über keine hochklassige Offensive, sondern setzt auf wuchtige Einzeltreffer. Pirog, Golowkin und im Grunde auch Sulecki haben ihn unter Druck gesetzt und ausgeboxt, was natürlich auch er-

klärt, warum der New Yorker nicht im Supermittelgewicht antritt, wo er eigentlich hingehört. Dort träfe er auf Kontrahenten wie George Groves oder David Benavidez, die ihm körperlich ebenbürtig sind und gewaltig zuschlagen können, was ihm schlecht bekommen würde. Denn für ein Eisenkinn ist Jacobs eher nicht bekannt.

#### Anmerkungen:

[1] [www.boxing-news24.com/2018/04/daniel-jacobs-vs-maciej-sulecki-results/#more-261929](http://www.boxing-news24.com/2018/04/daniel-jacobs-vs-maciej-sulecki-results/#more-261929)

[2] [www.espn.com/boxing/story/\\_/id/23351437/danny-jacobs-decisions-maciej-sulecki-wba-world-middleweight-title-eliminator](http://www.espn.com/boxing/story/_/id/23351437/danny-jacobs-decisions-maciej-sulecki-wba-world-middleweight-title-eliminator)

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2258.html>

### Kooperationspartner von Schattenblick



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

**Pressenza**  
Internationale Presseagentur Pressenza -  
Büro Berlin

Johanna Heuveling  
E-Mail: [johanna.heuveling@pressenza.com](mailto:johanna.heuveling@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)



**poonal**  
Pressedienst lateinamerikanischer  
Nachrichtenagenturen

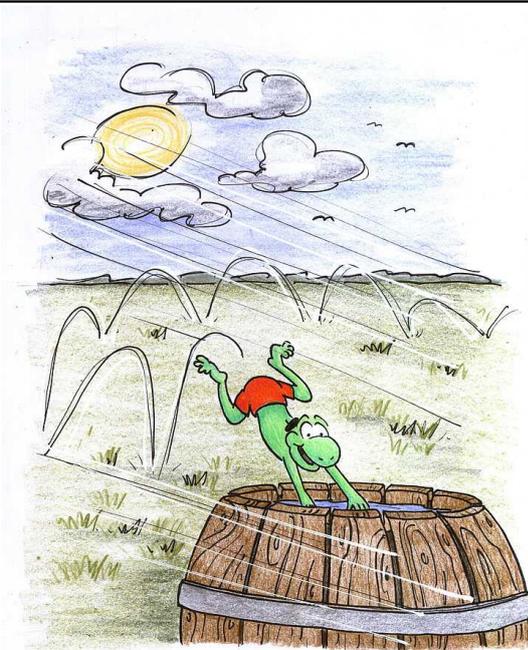
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188, 10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de), Internet:  
<http://www.npla.de>

<b>POLITIK - REPORT</b>	Digitale Vernetzung - auf der Strecke bleibt der Lohnempfänger ...	Seite 1
<b>POLITIK - REDAKTION</b>	Syrien-Konflikt - Raketenangriff zielt auf die Schutzallianz ...	Seite 5
<b>POLITIK - KOMMENTAR</b>	Tierwohl - Sterben und Qual kollateral ...	Seite 7
<b>POLITIK - MEINUNGEN</b>	Festung Europa - aufgestockt und offensiv ...	Seite 8
<b>RECHT - FAKTEN</b>	Staatsanwalt fordert Haft für Unternehmer wegen Menschenrechtsverbrechen ... (poonal)	Seite 8
<b>SCHACH-SPHINX</b>	Kortschnoj kontra Königsindisch	Seite 9
<b>UMWELT - INTERNATIONALES</b>	Russland hat jetzt ein schwimmendes Atomkraftwerk (Pressenza)	Seite 10
<b>SPORT - BOXEN</b>	Mittelgewicht - alle Hände voll zu tun ...	Seite 12
<b>DIENSTE - WETTER</b>	Und morgen, den 3. Mai 2018	Seite 14

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 3. Mai 2018**

+++ Vorhersage für den 03.05.2018 bis zum 04.05.2018 +++



© 2018 by Schattenblick

Bei frischem Wind  
und Wolkensonne  
hüpft Jean im Sprint  
zur Regentonne.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.